

XXX XXX

*Achern, 16. Dezember 2021*

*An: Scherer, Frank, Badstr. 20, 77652 Offenburg*

***privat und streng vertraulich***

## **Nicht Beteiligung an der Finanzierung am Krieg gegen die Menschen**

Werter Scherer, Frank,

es herrscht Krieg im Lande. Krieg gegen die Menschen. Politische Entscheidungsträger verursachen spätestens seit März 2020 erheblichen Schaden an Leib und Leben, an Hab und Gut der Menschen.

Auch Sie hatten von mir im Juni 2021 die Handreichung erhalten (grünes Schreiben nochmals anbei), worin ich auf vielen Ebenen belege, dass es sich bei der Corona Pandemie um einen Betrug höchsten Grades handelt. Worin ich schon im Juni belegte, dass der PCR Test, der ja die Basis der Katastrophe darstellt, missbraucht wird, um positive Corona Fälle zu generieren, die es gar nicht gibt. Worin ich belege, dass das Tragen von Masken den Menschen schadet. Worin ich belege, dass die Corona-Impfungen zu vielen Verletzten und Toten in Deutschland, aber auch weltweit führt. Alles damals Geschriebene wird heute täglich, oft sogar in den Main-Stream-Medien bestätigt. Konsequenzen zu Gunsten der Menschen? Fehlanzeige. Es wird einfach weitergemacht. Auch in der Ortenau.

Es sind Verbrecher am Werk, die nichts weiter im Sinn haben, als die wirtschaftliche, körperliche und seelische Zerstörung der Menschen. Verbrecher, die eine Spaltung der Gesellschaft vorantreiben, geimpfte Menschen gegen ungeimpfte Menschen aufhetzen, massive Kontrollsysteme einführen, um so die Demokratie sukzessive zu entkernen.

Ich schreibe Ihnen als Mensch, lebendig und beseelt. An einem derartigen Krieg darf ich mich finanziell nicht beteiligen.

Da selbst das Bundesverfassungsgericht dem bösen Treiben kein Ende setzt, ja es sogar vollumfänglich billigt, ist von der Justiz keine Abhilfe mehr zu erwarten. Die Mittel sind erschöpft! **Die natürliche Person XXX XXX [Familiename, Rufname] besitzt nachgewiesen die deutsche Staatsbürgerschaft und unter Berufung auf das Grundgesetz, Art. 20. Abs. 4. werde ich und die von mir geführten Unternehmen fortan keine Steuern mehr unter anderem an das Finanzamt Offenburg abführen.** Ich werde diese Beträge treuhändisch verwalten, bis eine Regierung im Amt ist, die den Menschen Gutes will.

Sollten Sie der Meinung sein, dass das Grundgesetz aufgrund diverser Umstände im Jahre 1990 ff nicht mehr gültig sei, so hätte sich das Steuern zahlen sowieso erübrigt und Steuer-Rückforderungen meinerseits zurück bis 1990 wären mitunter denkbar.

Sicherlich haben Sie für meine Entscheidung Verständnis.

An alle Entscheidungsträger, die sich aufgrund dieser Entscheidung weiterhin mit psychischer oder körperlicher Gewalt gegen mich richten, sei gesagt, dass ich **gegen JEDEN Anzeige wegen Verbrechen gegen die Menschen** in Straßburg und Den Haag erstatten werde.

<https://www.coe.int> / <https://www.icc-cpi.int>

Hochachtungsvoll

XXX XXX

---

Kopie an das Finanzamt Offenburg,

Was bedeutet Widerstandsrecht juristisch?

[https://www.bundestag.de/webarchiv/textarchiv/2013/47878421\\_kw50\\_grundgesetz\\_20-214054](https://www.bundestag.de/webarchiv/textarchiv/2013/47878421_kw50_grundgesetz_20-214054)

Auf den Internetseiten des Deutschen Bundestags wird die Frage beantwortet:

*"Um die Frage zu beantworten, wann denn Widerstand im Sinne des Artikel 20 gerechtfertigt ist, geben die letzten sechs Wörter Aufschluss: „... , wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.“ Es geht also um den absoluten Ausnahmefall: Es müssten „alle Mittel der Normallage“ versagen, um die Gefahr abzuwehren, ehe die Bürger zu den „heiklen Mitteln des Rechtsbruchs und der Gewalttätigkeit greifen“, betont Isensee. Doch solange „Konflikte noch in zivilen Formen“ ausgetragen werden können, das demokratische System intakt ist und solange „friedlicher Protest noch Gehör“ finden kann, dürften sie es nicht."*

Unabhängig davon, dass friedlicher Protest kein Gehör findet, findet auch rechtlicher Protest offensichtlich kein Gehör mehr. Entschließt sich das höchste deutsche Gericht, Teilnehmer aufgrund eines "Impfstatus" vom rechtlichen Gehör auszuschließen, ist auch formal die letzte rote Linie überschritten.

Die Bundeszentrale für politische Bildung umschreibt das Widerstandsrecht wie folgt:

*1) Es muss sich um einen Akt sozialer Notwehr gegenüber einer verbrecherischen Obrigkeit, der das Unrecht »auf der Stirn geschrieben« steht, handeln. Das ist insbesondere dann anzunehmen, wenn die Staatsmacht fundamentale Grund- und Menschenrechte ungeschützt lässt oder selbst verletzt. Demnach gilt auch, dass ein Gesetz, das in grober Weise gegen die Gerechtigkeit verstößt, (ungültiges) gesetzliches Unrecht« ist; ein Gesetz, das Gerechtigkeit gar nicht bezweckt, ist »Nichtrecht« (so der Rechtsphilosoph und Staatsrechtler Gustav Radbruch). Demgemäß hält auch das Bundesverfassungsgericht ein Widerstandsrecht gegen ein evidenten Unrechtsregime für gegeben, wenn normale Rechtsbehelfe nicht wirksam sind.*

*2) Widerstand kommt nur subsidiär in Betracht, d. h., wenn alle legalen und friedlichen Mittel erschöpft sind.*

*3) Der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit muss gewahrt sein. Die angewandten Mittel müssen in angemessener Relation zu dem angestrebten Zweck stehen.*

*4) Es muss begründete Aussicht auf ein Gelingen des Widerstands bestehen, wobei zu berücksichtigen ist, dass auch faktisch gescheiterter Widerstand einen sehr hohen moralischen Wert und insofern »Erfolg« haben kann.*

*5) Der Widerstand Leistende muss die nötige Einsicht besitzen, um die Lage richtig beurteilen zu können.*

**6) Widerstand darf nur um des Rechts willen geleistet werden, nicht zur Befriedigung persönlicher Interessen.**

*7) Eine Pflicht zum Widerstand kann es von Rechts wegen nicht geben; dadurch würde der Einzelne überfordert."*

Ein Widerstandsrecht besteht also "nur" darin, die freiheitlich-demokratische Ordnung wiederherzustellen. Es geht **nicht (!)** um einen eigenen Umsturz. Das Widerstandsrecht steht also denjenigen zu, die die verfassungsgemäße Ordnung des Grundgesetzes wieder erlangen wollen. D.h. prozessuale und materielle Rechtsstaatlichkeit und volle Geltung der

Grund- und Menschenrechte. Widerstand bedeutet weder eine eigene Straf- oder Lynchjustiz, noch das Schaffen einer eigenen neuen Staatsordnung.

Zum Widerstand sind also alle Demokratinnen und Demokraten aufgerufen.